

Parteienpoker

Turbulenzen in Bangladesch kurz vor den zehnten Parlamentswahlen

Dirk Saam

Mitte Januar 2014 sollen die Bürger Bangladeschs das zehnte Parlament ihres Landes wählen. Doch der Weg dorthin hat viele Unwägbarkeiten. Zwar sind alle relevanten Parteien interessiert, an den Wahlen teilzunehmen, doch die Rahmenbedingungen sind umstritten, Wahlvorbereitung und Wahlkampf werden von Gewalt begleitet. Die ausufernde Gewalt gegen Minderheiten während der Wahlperioden und die Instrumentalisierung des Islam im Wahlkampf könnte ein Vorgeschmack auf zunehmende Gewalt sein. Dirk Saam berichtet über die kritische Übergangsphase in Bangladesch und informiert über parteipolitische Positionen im Wahlkampf.

Noch vor wenigen Wochen hätte man denken können, dass die beiden großen Volksparteien Bangladeschs sich über die Vorbereitungen der bevorstehenden Parlamentswahlen einig seien, denn die größte Oppositionspartei *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) hatte ihre Teilnahme an den Wahlen nicht mehr von der neuerlichen Umsetzung des 1996 eingeführten Systems der parteiungebundenen Übergangsregierung abhängig gemacht. Dieses System, das von der gegenwärtigen Regierung 2011 abgeschafft wurde, sah vor, dass die Regierung ihre Amtsgeschäfte am Ende einer Legislaturperiode an eine parteiungebundene Übergangsregierung abgibt. Diese sollte innerhalb von drei Monaten die Parlamentswahlen realisieren. Das System hatte den Zweck, mögliche Manipulationen durch die Regierung im Zuge der Wahlvorbereitung und -durchführung zu vermeiden. So war die BNP zwar von ihrer Forderung abgewichen, dieses System wiederzubeleben, plädierte gleichwohl aber dafür, dass eine neutrale Interimsregierung die Wahlen auf die Beine stellt. Dieser dürfe jedoch nicht die gegenwärtige Premierministerin Sheikh Hasina Wajed vorstehen, um jegliche Beeinflussung auszuschalten.

Die Hoffnung auf eine Einigung hat jedoch in jüngster Vergangenheit erhebliche Dämpfer bekommen: Am 18. No-

vember 2013 setzte sich die regierende *Awami League* für eine sogenannte „All-Parteien-Übergangsregierung“ unter Vorsitz der Premierministerin ein. Die Opposition verweigert die Beteiligung an dieser Form einer Übergangsregierung. Die Regierung, so ist aus Oppositionskreisen zu hören, habe damit weiterhin Kontrolle über die Behörden, die Polizei, das Justizwesen und die Wahlkommission. Daher könne eine Übergangsregierung unter Vorsitz der Premierministerin keine neutrale Vorbereitung der Wahlen gewährleisten. Es scheint, als sei damit die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass es Parlamentswahlen ohne die BNP gibt. Die *Awami League* bietet der BNP zwar an, jederzeit Teil der All-Parteien-Übergangsregierung zu werden, deren Teilnahme erscheint jedoch aktuell wegen der unveränderten Rahmenbedingungen wenig wahrscheinlich. Zudem wurden am 10. November fünf führende Politiker der BNP verhaftet.

Finden Wahlen statt?

Das gestiegene Interesse der Opposition an der Durchführung der Wahlen hat zwei gute Gründe: Zum einen konnte die BNP im Sommer vier Kommunalwahlen für sich entscheiden. Zum anderen ergaben landesweite Meinungsumfragen im Juli und September 2013, dass die BNP in der Wählergunst deutlich vor der *Awami League* lag. Insbesondere bei den Erstwählern

konnte die BNP an Zustimmung gewinnen. Zudem scheinen Wechselwähler zur BNP zurückzukehren. In Wahlbezirken, die bisher als Hochburgen der *Awami League* galten, zeichnen sich Kopf-an-Kopf-Rennen ab. Die große Unbekannte: 19 Prozent der Wahlberechtigten sind noch unentschieden.

Straßenschlachten

Die gegenwärtigen politischen Uneinigkeiten werden wie üblich von Generalstreiks und Straßenschlachten begleitet. Allein seit der letzten Oktoberwoche wurden im Rahmen eines – von der BNP ausgerufenen – mehrtägigen Generalstreiks 20 Menschen getötet. Experten rechnen damit, dass es durch die Einsetzung der All-Parteien-Übergangsregierung weitere mit Gewalt einhergehende Demonstrationen geben wird.

Die Zivilgesellschaft meldet sich zu Wort

Beide Parteien sammeln damit bei ihren potenziellen Wählern wenig Pluspunkte. Viele Menschen wünschen sich friedliche Lösungen der politischen Konflikte. So stieg in den vergangenen Monaten der interne und öffentliche Druck auf die Volksparteien, Einigungen zu erzielen. Die *Shahbag*-Bewegung, als Symptom der Unzufriedenheit mit den existenten politischen

Machtstrukturen, hat unter anderem offengelegt, dass Menschen in Bangladesch demokratischere Vorstellungen von politischer Repräsentanz entwickelt haben: In *Shahbag* kamen unter anderem viele junge Geschäftsleute, Akademiker und Ärzte zusammen, die eine politische Kultur einforderten, in welcher Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Alltag nicht mit Amtsmissbrauch, Korruption und parteipolitischer Zugehörigkeit einhergehen. Viele dieser Menschen gehören zu den 19 Prozent der unentschlossenen Wähler.

Auch die etablierte Unternehmerschaft hat Druck ausgeübt, faire und freie Wahlen durchzuführen und die Machtübergabe friedlich zu gestalten.

Der zunehmend diversifizierte Privatssektor floriert. Aus den ländlichen Gegenden drängt eine besser ausgebildete Generation vom landwirtschaftlichen

Aufstand in Shahbag, Dhakar, Bangladesch: Anhänger der *Shahbag*-Bewegung fordern die Todesstrafe für Kader Molla und alle weiteren Kriegsverbrecher des Unabhängigkeitskampfes von 1971, deren Vergehen am seit 2010 eingesetzten Internationalen Kriegsverbrechertribunal Bangladesch (ICTB) verhandelt werden. Die öffentliche Meinung ist: Kriegsverbrechen, Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben keinen Platz in Bangladesch.

Bilder: M. Hasan bei flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)



in den industriellen und Dienstleistungssektor. Politische Stabilität ist für diese Wählergruppe Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg.

Auch dem Militär geht es um politische Stabilität. Zum einen, da es zunehmend als Wirtschaftsakteur agiert, zum anderen, weil negative Schlagzeilen aus Bangladesch möglicherweise Auswirkungen auf das Kontingent der bangladeschischen UN-Blauhelmsoldaten haben könnten; deren Jobs lukrativ und prestigeträchtig sind, auch für die Befehlshaber.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich durch den Dialog mit den beiden Volksparteien, faire Wahlen sicherzustellen. Diplomaten westlicher Botschaften in Bangladesch hatten Medienberichten zufolge kundgetan, den Urnengang der zehnten Parlamentswahlen ohne Teilnahme der BNP nicht mit der Entsendung internationaler Wahlbeobachter zu unterstützen, es sei denn, die BNP würde zuvor ein „vernünftiges“ Angebot der *Awami League* zur Ausgestaltung einer Übergangsregierung ablehnen.

Wahlkampfstrategien

Aktuell ist zwar noch völlig unklar, ob die BNP an den Wahlen teilnehmen wird. Dennoch sind bereits jetzt Wahlkampfstrategien erkennbar, die das Land im Rahmen von Parlamentswahlen in dieser Form noch nicht erfahren hat. Oberflächlich scheint zunächst alles beim Alten geblieben zu sein. So verweist die Regierung darauf, dass Bangladesch auf dem Weg sei, die Gruppe der ärmsten Länder der Welt zu verlassen und zu jenen elf Ländern zu gehören, die Ökonomen zufolge einen ähnlichen wirtschaftlichen Aufschwung erleben könnten wie zuvor Brasilien, Indien und China. Die Opposition betont wie gewohnt, dass in der laufenden Legislaturperiode die Korruption in nie bekanntem Ausmaß zugenommen habe, die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, die Justiz ihrer Unabhän-

gigkeit beraubt wurde und die Politik die Ärmsten vergesse.

Die religiöse Karte

Doch spielen beide Parteien auch eine religiöse Karte aus, um Wähler zu gewinnen. Dies ist, zumindest in diesem Ausmaß, neu und hat insbesondere mit der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971 zu tun. Diese hat in diesem Jahr mit mehreren Verurteilungen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. So hatten die BNP und ihr Koalitionspartner *Jamaat-e-Islami* bereits im Rahmen der Kommunalwahlen und mit der Unterstützung neuer islamistischer Bewegungen auf Religion gesetzt – mit Erfolg. Demgegenüber machte sich die *Shabbag*-Bewegung im Verein mit überregionalen Print- und Funkmedien für säkulare Strukturen stark und betonte, in Bangladesch dürfe islamistischer Extremismus keinen Platz haben. Die BNP/*Jamaat*-Koalition setzte dem folgendes Szenario entgegen: Es gebe Kräfte in Bangladesch, die danach strebten, dem Islam seine Bedeutung zu nehmen und die muslimische Mehrheitsbevölkerung ihrer Identität zu berauben. Kritiker des Islamismus wurden als anti-islamisch bezeichnet und als Atheisten abgestempelt – eine Strategie, die vor allem in den ländlichen Regionen verfiel und der BNP Erfolge bei den Kommunalwahlen verschaffte. Diese religiöse Karte, so zeichnet sich ab, wird auch im Rahmen des laufenden Wahlkampfes gespielt werden.

Und die Regierung? Sie spielt mit. Die *Awami League* verfolgt die Strategie, den Wählern zu zeigen, dass man als islamfeindlich eingestufte Äußerungen oder Handlungen nicht akzeptiere. So bildete die Regierung im März 2013 einen Ausschuss zur Überwachung islamkritischer Umtriebe und Einträge im Internet. Kurz darauf wurden vier Blogger verhaftet, die in der *Shabbag*-Bewegung aktiv waren. Ihnen wurde vorgeworfen, über soziale Netzwerke die religiösen Gefühle der muslimischen Mehrheitsbe-

völkerung verletzt zu haben. Schließlich wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um leichter gegen Bürger des Landes vorgehen zu können, die im Internet Inhalte publizieren, welche religiöse Gefühle verletzen und damit zu einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit führen. Ebenso wird gegen Inhalte vorgegangen, die angeblich ein falsches Bild Bangladeschs in der Öffentlichkeit zeichnen. So kann jeder Bürger zu bis zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Wann welche Inhalte die genannten Straftatbestände erfüllen, ist unklar und öffnet potenziell Missbrauch Tür und Tor.

Gewalt gegen Minderheiten

Parlamentswahlperioden in Bangladesch machen Maßnahmen notwendig, um die Sicherheit indigener Völker und religiöser Minderheiten zu gewährleisten. Beispielsweise haben diese Gruppen exzessive Gewalt unter anderem im Anschluss an die Parlamentswahlen 2001 erfahren müssen.

Die ausufernden Angriffe auf Minderheiten im März 2013 und die Instrumentalisierung des Islam im Wahlkampf waren und sind möglicherweise ein Vorgeschmack auf kommende Wellen der Gewalt – vor, während und nach den anstehenden Wahlen. Die Regierung ist aufgefordert, die Präsenz geschulter Polizeipersonals in jenen Wahlbezirken zu erhöhen, in denen diese religiösen Minderheiten und indigenen Völker vorwiegend leben. Internationale Wahlbeobachtermissionen müssen solche Maßnahmen unterstützen. Um den Bedarf in den Worten einer Hindufräule aus Gazipur auszudrücken: „In der Vergangenheit sind wir vor, während oder nach den Wahlen in die Wälder geflohen...Doch in Bangladesch gibt es keine Wälder mehr. Wo sollen wir uns nun verstecken?“

Zum Autor

Dirk Saam ist Referent für Entwicklungspolitik bei NETZ-Bangladesch.